

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Ausschussbetreuender Fachbereich Allgemeine Verwaltung, Verwaltungssteuerung	Datum 23.10.2006
	Schriftführung Christian Ruhe
	Telefon-Nr. 02202/142237
Niederschrift	
Hauptausschuss	Sitzung am Dienstag, dem 17.10.2006
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:10 Uhr - 18:22 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses am 22.08.2006 - öffentlicher Teil -
484/2006**
- 4. Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 5. Studentenarbeit der Fachhochschule Köln zur Entwicklung des Stadtteils Refrath
492/2006**
- 6. Dienstreisegenehmigung zur Teilnahme an der Informationsveranstaltung der Stadt Pulheim zum Thema Gender Mainstreaming im Städtebau am 02.11.2006
475/2006**
- 7. Abschluss von Verträgen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II)**

442/2006

8. **V. Nachtrag zur Änderung der Zuständigkeitsordnung der Stadt Bergisch Gladbach über die Verteilung von Entscheidungsbefugnissen des Rates auf die Ratsausschüsse und die Bürgermeisterin / den Bürgermeister (Zuständigkeitsordnung)**

467/2006

9. **Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten**

406/2006

10. **Bericht aus dem Integrationsbeirat**

487/2006

11. **Anträge der Fraktionen**

12. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

1. **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - nicht öffentlicher Teil -**
2. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses am 22.08.2006 - nicht öffentlicher Teil -**
485/2006
3. **Mitteilungen des Bürgermeisters**
4. **Besetzung der Stelle Nr.: 3/37/270 - Leiterin / Leiter der Feuerwehr -**
486/2006
5. **Anträge der Fraktionen**
6. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

@-> Bürgermeister Orth eröffnet die 11. Sitzung des Hauptausschusses in der siebten Wahlperiode. Er stellt fest, dass der Hauptausschuss ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist.
Für die Sitzung sind Herr Dr. Kassner (CDU) und Frau Schmidt-Bolzmann (FDP) entschuldigt.

Sie werden vertreten durch Herrn Jung (CDU) und Herrn Dr. Fischer (FDP).

Herr Orth benennt die für die Sitzung relevanten Unterlagen:

- die Einladung vom 04.10.2006 mit den dazugehörigen Vorlagen.

2. <-@ Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

@-> Die Niederschrift über die Sitzung vom 22.08.2006 - öffentlicher Teil - wird genehmigt.

3. <-@ Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses am 22.08.2006 - öffentlicher Teil -

@-> Der schriftliche Bericht wird zur Kenntnis genommen.

4. <-@ Mitteilungen des Bürgermeisters

@-> Mitteilung zur Reorganisation der Bürgerbüros

Herr Mumdey berichtet, dass die Gespräche mit der Kreissparkasse Köln, der VR-Bank und der Bensberger Bank in Bezug auf die Verfügbarkeit von Räumlichkeiten für das mobile Bürgerbüro Erfolg versprechend verlaufen. Alle drei Banken seien bereit, geeignete Räume zur Verfügung zu stellen, und dies zum Teil auch unentgeltlich. Zur Zeit seien Detailfragen zu klären. Man beabsichtige, in der Hauptausschusssitzung am 05.12.2006 die Angelegenheit zur Beschlussfassung vorzulegen, damit das Modell „Mobiles Bürgerbüro“ bald umgesetzt werden kann.

<-@

5. Studentenarbeit der Fachhochschule Köln zur Entwicklung des Stadtteils Refrath

@-> Herr Schmickler erläutert die Mitteilungsvorlage. Herr Orth weist ergänzend auf die öffentliche Präsentation der bisher erreichten Ergebnisse am 19.10.2006 in der Gaststätte „Ewige Lampe“ hin.

Frau Ryborsch fragt, ob es möglich sei, die Ladenöffnungszeiten in Refrath kundenfreundlich zu vereinheitlichen, wie sich das Mietniveau rund um den Peter-Bürling-Platz entwickelt habe, da immer wieder Geschäfte aufgegeben würden und ob der Empfehlung der Studenten, mehr Bäume zu pflanzen, nachgegangen werde. Zusätzlich fragt Frau Ryborsch, ob sich der Auslastungsgrad der Tiefgaragen verbessert habe.

Herr Schmickler antwortet, dass in Bezug auf die Ladenöffnungszeiten in Refrath lediglich ein Appell an die Geschäftsinhaber gerichtet werden könne. Es habe zwar einige Geschäftsaufgaben - unter anderem auch wegen zu hoher Mietforderungen - gegeben, allerdings seien auch Geschäftseröffnungen zu verzeichnen. Im Rahmen der vorhandenen Mittel aus der Ausgleichsabgabe der alten Baumschutzsatzung werde man auch das Anpflanzen von Bäumen vornehmen. Zur Auslastung der Tiefgaragen habe er keine Informationen, da diese privat betrieben würden.

Herr Dr. Fischer erklärt, dass die Ergebnisse, die nicht kurzfristig umgesetzt werden können - z.B. die Anbindung des Kahnweihers an die Dolmanstraße - in die Liste der Wirkungsziele der strategischen Zielsteuerung aufgenommen werden sollten, damit sie nicht in Vergessenheit geraten.

Herr Orth erläutert, dass die Projektarbeit unter anderem auch einen Katalog von Empfehlungen für die Stadt enthalte. Die Stadt werde diese Aufgaben im Rahmen ihrer Möglichkeiten abarbeiten.

Herr Freese fragt, ob sich die Verkehrssituation durch die auf der Dolmanstraße und auf der Straße In der Auen (mit Ausnahme eines Abschnitts mit einer Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h) auf 50 km/h erhöhte Geschwindigkeitsbegrenzung verbessert und ob sich die Parkraumsituation durch die neue Parkgebührenordnung entspannt habe.

Herr Schmickler erklärt, dass die Höchstgeschwindigkeitsanpassung auf der Straße In der Auen keine negativen Konsequenzen gehabt habe. Seines Wissens hätte es aber auf der Dolmanstraße keine Tempo-30-Zone gegeben. Die Parkraumsituation sei nicht Schwerpunkt der Projektarbeit gewesen, habe sich jedoch entspannt.

Herr Albrecht äußert sich sehr positiv über die geglückte Zusammenarbeit zwischen der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung (FHöV) und der Stadt Bergisch Gladbach und über die gute Umsetzung der Empfehlungen trotz der schwierigen wirtschaftlichen Lage. Es sei schade, dass eine Verlegung des Marktes auf den Peter-Bürling-Platz aus Platzmangel nicht möglich sei.

Frau Koshofer fragt, ob man ähnliche Projektarbeiten auch für andere Stadtteile erstellen könne.

Herr Orth antwortet, dass Herr Prof. Paulic Bereitschaft gezeigt habe, auch in Zukunft mit der Stadt Bergisch Gladbach zusammen zu arbeiten.

Herr Schütz fragt, ob die Zusammenarbeit zwischen FHöV und Stadt Bergisch Gladbach auf Grund vertraglicher Vereinbarungen geregelt worden sei und ob in diesem Zusammenhang Aufwendungen für die Stadt entstanden seien. Er fragt außerdem, ob es zu Urheberrechtsproblemen in Bezug auf die Projektarbeit kommen könne. Dies sei vor einigen Jahren mit einer studentischen Arbeit über die Innenstadt Bensberg geschehen. Es sei daher grundsätzlich sinnvoll, Verträge mit den Studenten abzuschließen, die das Urheberrecht regeln.

Herr Orth antwortet, dass an die Studenten keine Zahlungen erfolgt seien, ein Vertrag sei nicht geschlossen worden. Der Stadt seien lediglich Sachaufwendungen entstanden.

Herr Schmickler ergänzt, dass die vorliegende Projektarbeit eine Pflichtarbeit für die Studenten der FHöV im Rahmen ihres Studiums sei. Urheberrechtliche Probleme könnten daher nicht entstehen. Sowohl die Stadt Bergisch Gladbach als auch die FHöV könnten die Ergebnisse der Projektarbeit in vollem Umfang verwerten. Bei dem von Herrn Schütz erwähnten Projekt habe es sich um eine Arbeit von Studenten der Technischen Universität Hamburg-Harburg gehandelt.

<-@
6. Dienstreisegenehmigung zur Teilnahme an der Informationsveranstaltung der Stadt Pulheim zum Thema Gender Mainstreaming im Städtebau am 02.11.2006

@-> Der Hauptausschuss fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

<-@
@-> Die Dienstreise der Ratsmitglieder Kristel Bendig, Lennart Höring, Rosemarie Schu, Elke Lehnert, Waltraud Schneider, Brigitte Schöttler-Fuchs, Anne Kreft, Berit Winkels, Renate Beisenherz-Galas, Irmgard Vollmer, Herigart Binzberger sowie der sachkundigen Bürgerin Pia Poljak zur Informationsveranstaltung der Stadt Pulheim am 02.11.2006 wird hiermit genehmigt.

<-@
7. Abschluss von Verträgen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II)

@-> Frau Ryborsch fragt, ob der Inhalt des neuen Vertrages über die K-A-S Rhein-Berg in der vorliegenden Form gesetzlich vorgeschrieben sei, da der neue Vertrag eine Reduzierung der Mitwirkungsmöglichkeiten der beteiligten Kommunen vorsehe.

Herr Orth antwortet, dass die Finanz- und Aufgabenverantwortung für die Durchführung des Zweiten Buchs Sozialgesetzbuch (SGB II) beim Kreis liege und nicht bei den Kommunen. Finanziell sei dies eine für die Stadt günstige Entwicklung. Zwischen Kreis und Kommunen bestehe Einigkeit darüber, dass derjenige, der die finanzielle Hauptverantwortung übernehme, auch größeres Mitspracherecht haben solle.

Herr Lang erklärt, dass die BfBB-Fraktion schon bei Bildung der K-A-S darauf hingewiesen habe, dass es für die Stadt finanziell günstiger sei, den Kreis bei seiner Zuständigkeit zu belassen.

Herr Dr. Fischer fragt, wie hoch der sich für die Stadt ergebende finanzielle Vorteil durch den neuen Vertrag sei.

Herr Orth antwortet, dass es sich um 1 Mio. bis 1,2 Mio. EUR handele.

Der Hauptausschuss fasst daraufhin einstimmig bei einer Enthaltung von BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN folgende **Beschlussempfehlung**:

<-@

@->

1. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach nimmt die Ausführungen der Verwaltung und die beigelegte Vorlage für den Kreistag (Drucksachennummer 7/01/0250) zustimmend zur Kenntnis.
2. Die Verwaltung wird beauftragt,
 - a. einen Auflösungsvertrag zum öffentlich-rechtlichen Vertrag gemäß §§ 53 ff. SGB X über die Gründung und Ausgestaltung einer Kooperationsgemeinschaft gemäß § 44b des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) mit Wirkung zum 31.12.2006 und
 - b. einen öffentlich-rechtlichen Vertrag über die Beauftragung zur Erledigung von Aufgaben nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) mit Wirkung vom 01.01.2007

nach beigelegtem Muster, vorbehaltlich der entsprechenden Entscheidungen der Agentur für Arbeit Bergisch Gladbach, der K-A-S Rhein-Berg, der anderen kreisangehörigen Städte und Gemeinden und des Rheinisch-Bergischen Kreises, abzuschließen.

<-@

8. **V. Nachtrag zur Änderung der Zuständigkeitsordnung der Stadt Bergisch Gladbach über die Verteilung von Entscheidungsbefugnissen des Rates auf die Ratsausschüsse und die Bürgermeisterin / den Bürgermeister (Zuständigkeitsordnung)**

@->

Frau Ryborsch beantragt bezüglich des Punktes I.3 der Sachdarstellung eine Rückverlagerung der Zuständigkeiten in den Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr zu beschließen.

Für diesen Antrag stimmen BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN, KIDinitiative und BfBB. Mit Gegenstimmen der SPD, 4 Gegenstimmen der CDU und der Gegenstimme des Bürgermeisters bei 2 Enthaltungen der CDU und Enthaltung der FDP wird der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Herr Albrecht beantragt, den V. Nachtrag zur Änderung der Zuständigkeitsordnung unter Ziffer 3 wie folgt zu ändern: „Der Sozialausschuss berät und entscheidet über alle sozialen Angelegenheiten, insbesondere solche nach dem Sozialgesetzbuch, soweit nicht durch gesetzliche Regelungen oder Ortsrecht eine andere Zuständigkeit gegeben ist.“

Diesem Antrag wird einstimmig bei Enthaltung der BfBB zugestimmt.

Daraufhin fasst der Hauptausschuss einstimmig bei Enthaltung von BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN und BfBB folgende **Beschlussempfehlung**:

V. Nachtrag zur Änderung der Zuständigkeitsordnung der Stadt Bergisch Gladbach über die Verteilung von Entscheidungsbefugnissen des Rates auf die Ratsausschüsse und die Bürgermeisterin / den Bürgermeister (Zuständigkeitsordnung)

Aufgrund des § 41 Gemeindeordnung NW in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666) und Art. VII des Gesetzes zur Änderung der Kommunalverfassung vom 17.05.1994 (GV NW S. 270), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Ersten Teils des Gesetzes vom 3. Mai 2005 (GV. NRW S. 498), hat der Rat der Stadt Bergisch Gladbach in seiner Sitzung am ... folgende V. Änderung der Zuständigkeitsordnung beschlossen:

- 1.) § 9 (Vergabeausschuss) Absatz 1 Zuständigkeitsordnung erhält folgende Fassung:

Der Ausschuss entscheidet:

1. über die Vergabe (Erteilung des Zuschlags) von Aufträgen nach der VOB, VOL und VOF, wenn der Auftragswert 100.000 € überschreitet.

- 2.) An § 9 wird folgender 4. Absatz angefügt:

4. der Ausschuss wird über alle Aufträge nach VOB, VOL und VOF über 3.000 € zeitnah in Kenntnis gesetzt.

Die Information muss folgenden Inhalt haben:

- Datum der Auftragserteilung
- Firma und Firmensitz
- Auftragsgegenstand
- Vorangegangenes Vergabeverfahren (Anzahl der Angebote)
- Finanzierung (Haushaltsstelle bzw. Wirtschaftsplan)
- Auftragssumme

- 3.) § 12 a erhält folgende Fassung:

Der Sozialausschuss berät und entscheidet über alle sozialen Angelegenheiten, insbesondere solche nach dem Sozialgesetzbuch, soweit nicht durch gesetzliche Regelungen oder Ortsrecht eine andere Zuständigkeit gegeben ist.

Der V. Nachtrag der Zuständigkeitsordnung tritt amin Kraft.

9. Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten

@->

Herr Orth berichtet die Vorlage: Statt Herrn Mumdey solle Herr Schmickler als Vertreter der Stadt in die Gesellschafterversammlung der Rheinisch-Bergischen Technologiezentrum GmbH entsendet werden.

Herr Waldschmidt beantragt, den Verwaltungsvorschlag nur in Bezug auf die Mitgliedschaft im Berufsschulverband, Fachverband der Kämmerer in NRW e. V., Gemeinnützige Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft und Rheinisch-Bergisches Technologiezentrum zu beschließen. Über die Vertreter der Stadt in Fluglärmkommission, Rechtsrheinischer Randkanal, Strundeverband und Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH solle erst entschieden werden, wenn die Nachfolge der Fachbereichsleitung des Fachbereichs 7 geregelt sei. Es gebe derzeit keinen Entscheidungsbedarf, da die Mitgliedschaften durch Stellvertreter bzw. in der Gesellschafterversammlung der Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH durch Herrn Schmickler wahrgenommen werden könnten.

Herr Orth ergänzt, dass man dann jedoch dem Bürgermeister die Ermächtigung geben müsse, im Bedarfsfall (z. B. Krankheit, Urlaub) andere städtische Vertreter in die entsprechenden Gremien entsenden zu dürfen.

Frau Ryborsch und Herr Lang erklären, dass sie sich diesem Vorschlag anschließen würden.

Auf Nachfrage von Herrn Albrecht bestätigt Herr Orth, dass die Vertretung der Stadt in Fluglärmkommission, Rechtsrheinischer Randkanal, Strundeverband und Entsorgungsdienste bis zur Klärung der Nachfolge der Leitung des Fachbereichs 7 lediglich kommissarisch geregelt werde.

Herr Orth weist darauf hin, dass es sich bei dem Antrag nicht um einen Vertragsantrag handele.

Herr Lang beantragt, über jeden Wahlvorschlag einzeln abzustimmen.

Herr Orth lässt daraufhin über jeden Wahlvorschlag getrennt abstimmen.

Der Hauptausschuss fasst einstimmig folgende **Beschlussempfehlung**:

Herr Jürgen Mumdey wird als stellvertretender Verbandsvorsteher in den Berufsschulverband entsendet.

Der Hauptausschuss fasst einstimmig folgende **Beschlussempfehlung**:

Herr Jürgen Mumdey wird als Mitglied in den Fachverband der Kämmerer in NRW e. V. entsendet.

Der Hauptausschuss fasst einstimmig folgende **Beschlussempfehlung**:

Herr Jürgen Mumdey wird als Aufsichtsratsmitglied in den Aufsichtsrat der Gemeinnützigen Rheinisch-Bergischen Siedlungsgesellschaft entsendet.

Der Hauptausschuss fasst einstimmig bei Enthaltung von BfBB und KID Initiative folgende **Beschlussempfehlung**:

Herr Stephan Schmickler wird als Mitglied der Gesellschafterversammlung in die Gesellschafterversammlung des Rheinisch-Bergischen Technologiezentrums entsendet.

Herr Orth stellt fest, dass auf Grund des erkennbaren Mehrheitswillens eine Entscheidung über den Verwaltungsvorschlag bezüglich der Entsendung von Vertreterinnen/Vertretern in Fluglärmkommission, Rechtsrheinischer Randkanal, Strundeverband und Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH erst nach Wiederbesetzung der Stelle 7/569 erfolgen solle. Soweit im Einzelfall eine Vertretung erforderlich ist, sei gewünscht, dass der Bürgermeister diese sicherstelle, damit die Stadt in den entsprechenden Gremien bis zur Entscheidung handlungsfähig ist.

10. <-@ Bericht aus dem Integrationsbeirat

@-> Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

11. <-@ Anträge der Fraktionen

@-> Es liegen keine Anträge der Fraktionen für den öffentlichen Teil der Sitzung vor.

12. <-@ Anfragen der Ausschussmitglieder

@-> Anfrage von Herrn Freese zum Zustand der Treppe hinter dem Rathaus Gladbach und zur bis heute nicht erfolgten Beantwortung einer Anfrage im Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 26.09.2006

Herr Freese fragt, ob geplant sei, die marode Natursteintreppe hinter dem Rathaus Gladbach zu sanieren. Die Stadt müsse ihren Verkehrssicherungspflichten nachkommen. Das dort angebrachte Warnschild sei zudem schlecht lesbar.

Weiterhin möchte Herr Freese wissen, warum die in seinem Namen gestellte Anfrage in der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 26.09.2006 bis heute nicht beantwortet worden sei. Hinzu käme, dass er eine Anfrage gleichen Inhalts bereits vor 2-3 Monaten an den zuständigen Fachbereich gerichtet habe. Dort habe man ihn jedoch lediglich auf die Möglichkeit einer Anfrage im Ausschuss verwiesen.

Herr Orth antwortet, dass das ursprünglich an der Treppe angebrachte Warnschild durch ein neues, deutlich lesbares Warnschild ersetzt worden sei. Er selbst warne vor einer Benutzung der Treppe. Es sei ihm jedoch wichtig, dass die Treppe sobald wie möglich repariert werde. Entsprechende Angebote würden derzeit eingeholt.

Die zweite Anfrage werde schriftlich beantwortet. Es werde auch geklärt, warum die Beantwortung noch nicht erfolgt sei.

Nach Auffassung von Herrn Lang gehört die Verkehrssicherungspflicht nicht zu den freiwilligen Aufgaben und müsse daher auch in der schlechten finanziellen Lage, in der sich die Stadt derzeit befindet, wahrgenommen werden.

Herr Orth erwidert, dass er den Verkehrssicherungspflichten der Stadt durch das Aufstellen des Warnschildes nachgekommen sei.

Herr Dr. Fischer fragt, ob die Treppe vor Einbruch des Winters repariert werde.

Herr Orth antwortet, dass dies wahrscheinlich nicht eingehalten werden könne.

Herr Jung fragt, ob es bekannt ist, dass das Treppengeländer total kaputt und teilweise mit Isolierband „repariert“ worden sei. Er regt an, diese Treppe bis zur Reparatur zu sperren.

Anfrage von Frau Ryborsch zu den geplanten Unterstellmöglichkeiten Haltestelle Bergisch Gladbach-Markt

Frau Ryborsch fragt, wann die geplanten Unterstellmöglichkeiten an der Bushaltestelle Bergisch Gladbach-Markt endlich errichtet würden. Es sei in den vergangenen Wochen ein kleines Wartehäuschen aufgestellt worden. Dieses sei jedoch völlig unzureichend.

Herr Orth antwortet, dass dies so schnell wie möglich vorgenommen werde. Die nicht zufrieden stellende Situation an der Haltestelle sei bekannt. Die Finanzsituation der Stadt erlaube es jedoch nicht, dass alle Wünsche sofort umgesetzt werden könnten. Einen verbindlichen Zeitpunkt der Umsetzung könne er daher nicht nennen.

Herr Schmickler ergänzt, dass ein in dem Wartehäuschen angebrachtes Schild auf den provisorischen Zustand bis voraussichtlich Februar 2007 hinweise.

Anfrage von Herrn Schütz zu den leer stehenden Ladenlokalen in Paffrath-Mitte

Herr Schütz fragt, was der Bürgermeister gegen die geplanten Geschäftsaufgaben und leer stehenden Ladenlokale in Paffrath unternehme. Kürzlich habe eine Supermarktkette ihr Geschäft aufgegeben und auch der Drogeriemarkt habe angekündigt, zum Jahresende zu schließen. Weitere Ladenlokale würden schon seit längerer Zeit leer stehen.

Herr Schmickler antwortet, dass der Verwaltung das beschriebene Problem bekannt sei. Es seien Gespräche geführt worden mit dem Betreiber des Supermarkts an der Kempener Straße, um diesen Standort zu verbessern. Man arbeite daran, eine neue Nutzung des leer stehenden Supermarkts im Ortskern zu erreichen. Es gebe einen Lösungsansatz, der eine Nutzung als Supermarkt durch einen gemeinnützigen Träger vorsehe. Vor einigen Wochen habe eine Ortsbesichtigung mit Ratsmitgliedern und Vertretern des Handels stattgefunden, bei der die beschriebenen Maßnahmen erörtert wurden. Ihre begrenzten Möglichkeiten der Einflussnahme werde die Stadtverwaltung auch weiterhin nutzen.

Herr Albrecht ergänzt, dass vor ca. drei Monaten die Interessengemeinschaft Paffrather Handel die Ratsmitglieder und die Stadtverwaltung zu Gesprächen eingeladen habe. Dabei seien die von Herrn Schmickler erläuterten Lösungsansätze erarbeitet worden und man sei zuversichtlich, dass man die Situation in Paffrath verbessern könne.

Herr Orth schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

<-@